

## Pressemitteilung – 23.01.2026

### Wirtschaft unter Generalverdacht gestellt - Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung, Schattenwirtschaft, Mindestlohn-Umgehung

Die Schweriner Volkszeitung bzw. der Nordkurier schreiben am 22.01.2026 auf der Titelseite "**Schattenwirtschaft - Millionenschäden durch illegale Geschäfte in MV**" und meinen eigentlich Schwarzarbeit, was etwas anderes ist. Schwarzarbeit sind Tätigkeiten, die den öffentlichen Stellen nicht gemeldet werden, damit keine Steuern und Sozialbeiträge gezahlt werden müssen. Schattenwirtschaft geht darüber deutlich hinaus, von illegal bis kriminell.... Das Ganze wird dann auch noch mit der Aussage angereichert, Unternehmen würden damit den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn umgehen wollen. Das eine hat mit dem anderen nicht viel zu tun, denn **egal wie hoch der Lohn ist, entscheidend ist, was nach Abzug von Steuern und Abgaben davon übrig bleibt**. Jedoch die Botschaft auf Seite 1 war im Grunde: "Unternehmer prellen in großem Maßstab den Staat".

Der Anstieg der Schwarzarbeit ist anders motiviert und so schreibt Rene Domke (FDP), seines Zeichens früherer Beschäftigter in der Steuerfahndungs- und Steuerstrafsachenstelle M-V der Finanzverwaltung: „Gleichzeitig müssen wir ehrlich sein: **Schwarzarbeit gedeiht dort, wo Bürokratie überhandnimmt und Steuern zu hoch sind. Ein einfacheres Steuersystem und weniger Dokumentationspflichten würden helfen, dass Arbeit auch legal lohnend bleibt.**“ Der Staat hat die Mittel, um Steuerhinterziehung zu ahnden, er muss sie aber auch anwenden, denn dies liegt im ureigensten Interesse aller Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich an die Regeln halten.

Hier trifft ein undifferenzierter Artikel den Großteil der korrekt und "redlich" tätigen Firmen, die wegen der unstrittig vorhandenen schwarzen Schafe unter Generalverdacht gestellt werden. Sie werden der Öffentlichkeit per se als kriminell beschrieben und mit dem "Gesetz zur Modernisierung und Digitalisierung der Schwarzarbeitsbekämpfung" (SchwarzArbMoDiG), welches am 01. Januar 2026 in Kraft trat, mit neuen bürokratischen Auflagen, noch mehr Dokumentationspflichten und Kontrollen überzogen. Besonderes Augenmerk bekommen zukünftig das Friseur- und Kosmetikgewerbe sowie plattformbasierte Liefer- und Kurierdienste. Und auch hier sind natürlich nicht alle Firmen dieser Branchen im Fokus, sondern unter dem Stichwort „Barbershops & Co“ ahnt man, warum Kontrollen nötig ist. Nur trauen sich die linke Politik und die Presse dies scheinbar nicht klar auszusprechen.

Verbandspräsident Matthias Kunze: „**Wir rufen dringend dazu auf, differenzierter zu berichten, ausgewogen zu recherchieren und genauer zu erklären. Es ist nicht hinzunehmen, die in der Krise befindliche Wirtschaft durch diese Form der Berichterstattung weiter zu demoralisieren. Unternehmertum ist in diesem Land mehr und mehr unattraktiv. Nur: irgendjemand muss noch die Verantwortung übernehmen wollen und Mitarbeitende beschäftigen – ohne Arbeitgeber keine Angestellten, es sei denn Erwerbstätige sind zukünftig nur noch im öffentlichen Dienst, in den kommunalen Betrieben oder Unternehmen mit Staatsaufträgen beschäftigt. Bekanntermaßen ein gescheitertes Modell.**“